

dem Urteil, daß die indische Kirche heute für den Gedanken eines Dialogs mit den nicht-christlichen Religionen offen und bereit ist, aber die mit der allmählichen *Säkularisierung* eines bedeutsamen Teils der indischen Bevölkerung verbundenen Probleme noch nicht scharf genug sieht, um sich insbesondere für einen Dialog mit jenen zu interessieren, deren Weltbild von „weltlichen Ideologien“ bestimmt ist. In dieser Hinsicht spiegelt die *Schlußerklärung* den allgemeinen Mangel an Interesse für die Herausforderung klar wieder, die die Säkularisierung für die Kirche Indiens darstellt.

Der Arbeitskreis über „Theologie der Ortskirche“ beschränkte sich selbst größtenteils auf die Beziehung zwischen der Ortskirche und der zentralen Kirchenleitung in Rom. Dennoch erarbeitete man in diesem begrenzten Bereich einige nützliche Prinzipien. „Ausländische Hilfe“, so wurde z.B. erklärt, „sollte die Kirche nicht dazu verleiten, Strukturen zu errichten, die sie kaum mit eigenen Mitteln beibehalten kann.“ Mit dieser Erklärung wurde nur das allgemeine Empfinden über das Auseinanderklaffen zwischen der großen Armut im Lande und einigen Prestigeprojekten der Kirche Indiens zum Ausdruck gebracht. Ein Viertel des gesamten Berichtes war der Frage gewidmet, wie sich die Kirche und der einzelne Christ gegenüber dem Nationalismus verhalten sollen. Leider hat diese Stellungnahme nur wenig Eingang in die *Schlußerklärung* gefunden.

In der Diskussion über „Evangelisierung und Entwicklung“ gingen die Teilnehmer des Arbeitskreises weit über das Referat von P. Schütte hinaus. Der Arbeitskreis zeigte die Beziehung zwischen dem Entwicklungsbegriff und dem

der „Erlösung des ganzen Menschen“ auf. Diese Erlösung, so heißt es in dem Bericht, „schließt auch die Erlösung der gesamten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bezüge seines irdischen Lebens ein“, und zwar soweit, daß „die missionarische Kirche sich selbst mit der konkreten Welt identifizieren muß, in der sie ihre Mission unter all ihren Aspekten, Bedürfnissen und Erwartungen ausübt“. Entwicklung als „integrale menschliche Entwicklung“ wird als eine „wirkliche Art der Evangelisierung“ hingestellt, obwohl man eine „gewisse Polarität und Spannung“ zwischen beiden zugibt.

Missionskirche im Wandel

Abschließend muß man freilich einschränken, daß die *Schlußerklärung* eigentlich das Werk des Redaktionsausschusses war und daß der Kongreß sie nur *als solche* „annahm“, sie also nicht selbst erarbeitete und verabschiedete. So läßt das *Schlußdokument* manches aus, was wichtig war, bot aber dennoch der indischen Kirche wertvolle Anregungen, die Theologie des Zweiten Vatikanums zu verarbeiten und mit den unwälzenden sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklungen in Asien in Einklang zu bringen.

Allen divergierenden Meinungen, ob sie ausgesprochen wurden oder unausgesprochen blieben, lag die Wandlung einer Missionskirche zugrunde, die lange Zeit an starre Denkkategorien und traditionelle Evangelisierungsformen gewöhnt war, sich aber jetzt einer rapiden Entwicklung der Welt in all ihren Bereichen gegenüber sieht und mit ihr ins Gespräch kommen muß.

Länderberichte

Strukturwandel in Chile

Ein Jahr nach dem Regierungsantritt von Salvador Allende

Am 4. September 1970 gewann *Salvador Allende*, der Kandidat der sozialistisch-marxistisch orientierten Sammlung *Unidad Popular* mit 36,3% der Stimmen die Präsidentschaftswahlen. Seit seinem Regierungsantritt am 4. November 1970 ist nun ein Jahr vergangen, ein Jahr, in dem sich in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Chiles tiefgreifende Veränderungen vollzogen haben. Ein bewegtes Jahr, was die Innenpolitik als auch die Außenpolitik des Landes angeht und in dem die neue Regierung angesichts verschiedenster Probleme eine erste Bewährungsprobe durchlaufen mußte.

Die politisch-sozialen Voraussetzungen Chiles

Die *Ausgangsposition* war schlecht: Symptome der „Unterentwicklung“ in nahezu allen Bereichen infolge einer wirtschaftlichen Fehlleitung und Stagnation durch den Feudalkapitalismus, dessen Folgeerscheinungen durch das Reformprogramm der christlich-demokratischen Regierung unter *E. Frei Montalva* (1964—1970) nur in geringem Maß vermindert werden konnten (vgl. *W. Frickenhöfer*, *Sozialismus für Lateinamerika?*, „Schweizer Monatshefte“, Juli 1971, S. 259 ff.). Trotz günstiger wirtschaftlicher Grundvoraussetzungen war das Wachstum der

Agrarproduktion im Rahmen des traditionellen *Hacienda-Systems* kaum möglich (vgl. *Kl. Esser*, *Die chilenische Revolution*, *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 39/1971, S. 5 ff.). Die Zuwachsrate der Bevölkerung lag demnach so hoch, daß Chile ab 1940 zum Agrarimportland wurde. Bereits um 1960 beanspruchten die Agrarimporte etwa ein Viertel der Deviseneinnahmen des Landes. Da auf dem Land keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, wanderten viele Landbewohner in die Städte ab. Der größte Teil dieser Arbeitskräfte, für die auch in den Städten eine unzureichende Zahl an Arbeitsplätzen zur Verfügung stand (vorwiegend Beschäftigung im Haushalt bzw. in kleineren handwerklichen Betrieben), sammelte sich in randstädtischen Elendsvierteln. 1970 hauste ein Viertel aller Stadtbewohner Chiles in solchen Elendsgürteln bei ständig wachsender Unterbeschäftigung und sozialer Not innerhalb der Bevölkerung des Landes. (Für Detailinformationen: *K. Glauser*, *Crisis social del capitalismo in Chile*, „Mensaje“, September/Oktober 1971, S. 394 ff.).

Im *industriellen Bereich* kam es ebenfalls kaum zu einer Produktionssteigerung, da sich die privaten Unternehmer investitionsfeindlich zeigten und es hier zu lange an einer gezielten staatlichen Wirtschaftspolitik fehlte. Der Kapital-

bedarf Chiles konnte aber nur zum Teil aus den Erträgen der Kupferminen gedeckt werden, die den größten Teil der Deviseneinnahmen erbrachten.

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts waren die chilenischen Kupferminen im Besitz von drei großen US-Konzernen (Anaconda, Cerro, Kennecott), die nur einen geringen Teil ihrer Erträge reinvestierten und den Aufbau einer Kupferindustrie in Chile verhinderten. Erst in den vierziger Jahren gelang es der gezielteren Steuerpolitik der Regierungen der Radikalen (1938—52), Investitionskapital zur Errichtung einiger Kupferindustrien freizusetzen. Da die *Kupferpreise* starken Schwankungen unterworfen waren, wirkte sich die Abhängigkeit der Exportstruktur Chiles vom Kupfer negativ auf die Haushalts- und Entwicklungsplanung aus. Immer stärker wurde die Abhängigkeit Chiles von den ausländischen Industriestaaten, immer höher wurden die Auslandsschulden, die gegenwärtig drei Milliarden Dollar betragen.

Die Industrie Chiles zeigt gewisse für die mittelgroßen Entwicklungsländer charakteristische Verzerrungen. Eine Agrarindustrialisierung zur Deckung des chilenischen Eigenbedarfs kam nicht zustande. Dagegen wurden Industrien aufgebaut, die auf hohe Importe von Rohstoffen und Halbfabrikaten angewiesen sind. Die starke Einkommenskonzentration begünstigte die Luxusgüterindustrien, wogegen die Grundmittelindustrie durch die Abnahme der Kaufkraft in den ärmeren Bevölkerungsschichten stagniert. Die Modernisierung der Industriebetriebe nach dem Beispiel der Industrieländer wirkte sich ebenfalls negativ auf die Entwicklung des Landes aus, da sie eine zusätzliche Verringerung der Arbeitsplätze bewirkte. Bei steigendem Durchschnittseinkommen und Lebensstandard wächst gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen. Im Finanzsektor wirkt sich dies durch eine seit 20 Jahren nicht zum Stillstand gekommene Inflation aus (vgl. *Kl. Esser*, a. a. O., S. 9 f.).

Reformen der Regierung Frei

Die Regierung Frei setzte angesichts dieser Situation ein *Reformprogramm* in Bewegung, dessen Ziele von der neuen sozialistischen Regierung konsequent weiterverfolgt werden (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 246 ff.; 23. Jhg., S. 162 ff. und 24. Jhg., S. 518 ff.). Hauptziele der Reform waren die *Agrarreform*, die „chilenización“, d. h. die partielle Übernahme des Aktienkapitals der nordamerikanischen Kupferkonzerne durch den chilenischen Staat sowie eine umfassende *Bildungs- und Sozialreform*. Die Agrarreform konzentrierte sich auf schlecht oder gar nicht bewirtschaftete Latifundien, die enteignet und in genossenschaftliche Siedlungsgemeinschaften (*Asientamientos*) umgewandelt werden sollten.

Aufgrund der beschränkten machtpolitischen Basis der Regierung und ungünstiger äußerer Einflüsse kam die Reform aber so zögernd in Gang, daß in sechs Jahren nur 3,5 Millionen Hektar Land enteignet und 1000 *Asientamientos* gegründet werden konnten. Gleichzeitig setzte eine von den marxistischen Parteien getragene *revolutionäre Bewußtseinsbildung* innerhalb der Landarbeiterschaft sowie die Bildung von Landarbeitergewerkschaften ein, durch deren Forderungen die Reform ebenfalls erschwert wurde. Auch die Teilverstaatlichung der Kupferminen wurde so vorsichtig durchgeführt, daß die geplanten Erweiterungsinvestitionen der Regierung in einem bescheidenen Rahmen bleiben mußten.

Erfolgreich dagegen waren die Reformen im Bereich des Erziehungs- und Gesundheitswesens (Senkung der Alphabetenrate sowie der Sterblichkeitsziffern). Die katastrophale Wohnungsnot konnte durch sozialen Wohnungsbau und die Reduzierung von Elendsvierteln teilweise behoben werden. Hinsichtlich der Einkommensverteilung wurden leichte Korrekturen erzielt, auch gelang eine gewisse Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation. Die beiden gravierendsten Probleme Chiles aber, *Arbeitslosigkeit* und *Inflation*, konnten nicht gelöst werden, was infolge der von der Regierung selbst eingeleiteten Demokratisierung des Proletariats (Bildung von Gewerkschaften, Genossenschaften, Nachbarschaftsverbänden, Müttervereinen etc.) zu immer stärkeren politischen und sozialen Unruhen führte.

Verschiebungen im Parteiengewebe

Der „gemäßigte Weg“ Frei, der Versuch seiner christlich-demokratischen Regierung, auf der Basis wirtschaftlicher und sozialer Reformen eine moderne Gesellschaft in Chile nach ausländischem Vorbild zu schaffen, schien 1970 zum Teil auch an innerparteilichen Gegensätzen gescheitert oder steckte noch in ihren Anfängen (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 518 ff.). In den Präsidentschaftswahlen entschied sich Chile auf demokratischem Wege für das Alternativ-Konzept Allendes, den — von verschiedenen Gruppen im In- und Ausland zunächst skeptisch betrachteten — „Weg zum Sozialismus“. Auch die Christlich-demokratische Partei war damals bereit, die Regierung Allendes zu unterstützen, allerdings gegen folgende von diesem zu leistende *Garantien*: Weiterbestand der Demokratie, d. h. freies Schulsystem, Meinungsfreiheit in den Kommunikationsmedien, freie Gewerkschaften, Respektierung der politischen Parteien und Autonomie der Universitäten.

Die Rolle der Christlich-demokratischen Partei ist weiterhin bedeutsam. Sie war 1957 aus der Falange Nacional entstanden. Da sie sich intensiv um die Integration aller reformfreundigen Schichten bemüht hatte, konnte sie zeitweise das Wählerpotential der marxistischen Parteien verringern und hatte bei den Präsidentschaftswahlen von 1964 nicht nur die Stimmen der Mittelschicht, sondern auch eines Großteils der Landbevölkerung und des städtischen Subproletariats erhalten. Nicht zu übersehen ist auch der Einfluß der katholischen Kirche zugunsten der Christdemokraten zu diesem Zeitpunkt, welcher entscheidend zum Wahlsieg Frei beitrug.

Schon während der Regierung Frei kam es zu einer ersten Parteispaltung. Im Frühjahr 1969 trennte sich eine linke intellektuelle Gruppe um den Landwirtschaftsminister *Chonchol* von der Regierungspartei und gründete Mitte 1969 die MAPU (Movimiento de Acción Popular Unitaria), die in Zukunft eine Art Vermittlungsglied zwischen der marxistischen Volksfront und Christlich-demokratischer Partei darstellen sollte. Bei dem Regierungsantritt Allendes, dessen Partei nur einen knappen Wahlsieg davontrug, nahmen die Christdemokraten eine Schlüsselstellung ein, da Allende beim bestehenden Kräfteverhältnis im Kongreß ohne ihre Unterstützung nicht regieren kann. Bisher haben die Christdemokraten die Volksfrontregierung bei fast allen wirtschaftlichen und sozialen Reformvorhaben — eine Ausnahme bildete die Verstaatlichung der Privatbanken — unterstützt, aus Sorge, sonst Wähler zu verlieren. In den letzten Wochen erreichte

eine gegen den Ex-Präsidenten Frei gerichtete Hetz- und Diffamierungskampagne der linken Presse, die Frei in den Finanzskandal um den nach Brasilien geflohenen Bankier *Gumucio* verwickeln wollte, einen Punkt, der die weitere Verständigung der Parteien in Frage stellte. Frei protestierte in einer Fernsehansprache des Programms der katholischen Universität Santiago gegen diese Verleumdung seiner Person und sagte wörtlich: „In dieser Phase der Geschichte unseres Landes, wo die kommunistische Partei allem ihr Gesetz aufzwingt und die Taktik anwendet, die sie in allen ihrer Sklaverei unterworfenen Ländern angewandt hat, hat sie Interesse daran, den Namen der Personen zu diskreditieren, die ein Hindernis für die Einführung ihrer fürchterlichen Diktatur darstellen“ (zit. nach „La Croix“, 7. 10. 1971).

Hinter dieser Haltung der kommunistischen Partei sowie einer Serie von politischen Morden und anderen Verbrechen steht die klare Absicht, die Christdemokraten zu einem Bruch mit Allende zu führen und Frei als Alternativ-Kandidaten der nächsten Präsidentschaftswahlen auszuschalten. Dieser Bruch würde aber zur Isolierung Allendes führen und die Christlich-demokratische Partei zur Koalition mit der konservativen Rechten zwingen, eine Gefahr, der sich beide Seiten bewußt sind. Eine weitere Gefahr für beide Seiten stellen die innerparteilichen Spaltungstendenzen dar. Die Vertreter der christlich-demokratischen Jugendorganisation und Arbeiterführer, die einen christlichen Sozialismus vertreten und mit der Volksfront zusammenarbeiten möchten, ebenso wie der nichtmarxistische Flügel der MAPU sagten sich unlängst von ihrer Parteileitung los und gründeten die neue Partei „*Christliche Linke*“. Innerhalb der Regierungskoalition vollzog sich gleichzeitig eine scharfe Spaltung zwischen rechtem und linkem Flügel der „Radikalen“, des stärksten nichtmarxistischen Koalitionspartners Allendes und gleichzeitig der ältesten politischen Partei Lateinamerikas. Der dissidente rechte Flügel formierte eine „Unabhängige radikale Partei“, deren offizieller Beitritt zur Regierung bisher durch die marxistisch eingestellten Rumpfradikalen verhindert wurde. Auch innerhalb der eigenen Partei, der Sozialistischen Partei, kämpft Allende mit linksextremen Gruppen castristischer Prägung. Die „Neue Linke“, die sich im Laufe der letzten Zeit aus den linken Extremgruppen der einzelnen Parteien formiert hat, fordert die Definitivlösung der sozialistischen Machtübernahme und die Beseitigung der ihrer Ansicht nach entwicklungshemmenden *Legalität*. Allende hat jedoch bisher alle Versuche der „Neuen Linken“, die politische Linie der Volksfront zu radikalisieren, energisch zurückgeschlagen und lehnt eine Beseitigung der bestehenden politischen Ordnung bisher eindeutig ab.

Ein Jahr angewandter Marxismus

Nach Ablauf des ersten Regierungsjahrs Allendes, sozusagen nach einem Jahr des angewandten Marxismus, scheint sich — trotz aller Befürchtungen — zu zeigen, daß die Garantie der demokratischen Grundrechte, die Einhaltung der Verfassungsbestimmungen und auch der Wunsch nach gutem Einvernehmen mit allen Konfessionen durchaus ernst gemeint waren. Allendes Erklärung, der chilenische Weg zum Sozialismus werde eigenständig und unabhängig von östlichen Vorbildern sein, hat sich bisher bewahrheitet. Eine außenpolitische Kursänderung dagegen war zu erwarten: Sie manifestierte sich in der Auf-

nahme diplomatischer Beziehungen mit Kuba, China und der DDR. Hinzu kommt die Osteuropareise des Außenministers *Almeyda*, bei der Kreditzusagen in Höhe von 130 Millionen Dollar gesammelt wurden. Die Bedeutung des Staatsbesuchs von Fidel Castro Mitte November wurde überschätzt, seine Folgen lassen sich aber schwer voraussagen. Außenpolitisch geschickt waren die Besuche in den Nachbarländern Peru, Ecuador, Bolivien und Argentinien. Im Verhältnis Chiles zu den USA machte sich bereits mit dem Tag des Regierungsantritts von Allende eine Abkühlung bemerkbar, die sich in letzter Zeit nahezu bis zur Krise zugespitzt hat.

Das Hauptengagement Allendes aber galt dem innenpolitischen Programm, der konsequenten Fortsetzung der *Agrarreform* und der Nationalisierung der Kupferminen. Hierbei ging es — wie aus den Erfahrungen des Vorgängers Frei ersichtlich — um schnelle Entscheidung und schnelles Handeln. Während die im Dezember 1970 von Allende beschlossene Verstaatlichung der Kupferminen in kurzer Zeit vom Parlament fast einstimmig gebilligt wurden, bedient sich die Unidad Popular bei der beschleunigten Durchführung der Agrarreform des von Frei geschaffenen Gesetzes Nr. 16456. Danach ist die *Enteignung* aller Betriebe mit mehr als 80 Hektar bewässerten Landes erlaubt. „Die enteigneten Böden werden vorzugsweise genossenschaftlicher Besitz. Die Bauern erhalten Eigentumsrechte auf Haus und Garten sowie auf ihren in die Genossenschaft eingebrachten Bodenanteil.“ (Wortlaut des Wahlprogramms der Unidad Popular, Santiago 1970.) Bis Mitte 1973 soll der Umverteilungsprozeß abgeschlossen sein; bisher wurde etwa ein Viertel der Gesamtfläche von 11,9 Millionen Hektar verteilt. Spezielle Probleme der Agrarreform sind die Schulung der Landarbeiter und die Beschaffung weiterer Arbeitsplätze in der Landwirtschaft bei gleichzeitig angestrebter Produktionssteigerung.

Diese Maßnahmen fordern von seiten des Staates bedeutende finanzielle Aufwendungen: jeder Arbeitsplatz kostet 15 000 Dollar. Es stellt sich die Frage, ob diese Mittel nicht sinnvoller in die Industrie investiert worden wären, um das Elend der Großstädte zu bekämpfen, zumal in Expertenkreisen als unmittelbare Folgen der Reform zunächst mit einem Rückgang der Agrarproduktion und erheblicher Erhöhung der Lebensmittelimporte gerechnet wird. Die Reform hat jedoch nationalpolitische und ideologische Hintergründe, die die Regierung zum Handeln zwingen. Trotz schnell vorangetriebener Agrarreform kam es durch die Hetzkampagne der links-extremistischen Gruppe MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria) zu ca. 400 illegalen Besetzungen von Landgütern, wobei es meist zu blutigen Schießereien kam. Nur durch die konsequente Sozialisierung und Nationalisierung Chiles in allen Wirtschaftsbereichen kann sich Allende gegen den linken Flügel der Regierungskoalition durchsetzen, von der eine „Sozialistische Revolution“ nach östlichem Vorbild vertreten wird.

Sein friedlicher Weg zum Sozialismus sieht die *Verstaatlichung der gesamten Privatindustrie* sowie der Privatbanken vor, die während des ersten Regierungsjahres zum größten Teil erreicht wurde. Eisen- und Stahlindustrie, die Salpetergruben sowie die größten Textilfabriken des Landes sind durch Enteignungen, teils mit Hilfe von Interventionen und organisierten Streiks, die zum Konkurs der Betriebe führen mußten, in die Hand des Staates übergegangen. Das Verstaatlichungsprogramm sieht

weiterhin die Nationalisierung aller Betriebe vor, welche die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes bestimmen (Energieerzeugung, Verkehrsbetriebe, Erdölverarbeitung, Metallurgie, Zementproduktion, Schwerchemie, Zellulose- und Papierfabrikation). Nur in wenigen Ausnahmen kam es zur Kompromißlösung sog. „Gemischter Betriebe“, die vom Staat zur Produktionssteigerung bei gleichzeitiger Preisstabilität verpflichtet wurden. Die Einfrierung der Preise der wichtigsten Konsumgüter bei gleichzeitig wachsender Kaufkraft der Bevölkerung auf der Basis einer progressiven Einkommensverteilung hat aber nicht allein zur Währungsstabilisierung beigetragen, sondern bereits im Sommer 1971 zur Warenverknappung auf einzelnen Gebieten geführt.

Die Verstaatlichung der Privatbanken wurde unter Umgehung des Kongresses, wo mit starkem Widerstand von seiten der Opposition gerechnet werden mußte, durchgeführt, indem die Regierung die Aktienmehrheit der größten Banken aufkaufte. Die übrigen Unternehmen werden durch staatliche Auflagen zum allmählichen Konkurs gezwungen. Der Finanzbedarf der Staatskasse ist durch diese Aktion sowie durch die erhöhten Investitionen im Industrie- und Bausektor und durch das Programm zur Beschaffung von Arbeitsplätzen derart gestiegen, daß der Notenumlauf innerhalb des letzten Jahres um hundert Prozent erhöht werden mußte. Während die Einnahmen im ersten Quartal von 1971 auf vier Milliarden Escudos zurückgingen, erhöhten sich die Ausgaben auf 8,1 Milliarden, womit ein Defizit von 50 Prozent der Ausgaben entstand. Es ist höchst unsicher, ob es gelingen wird, das Budget durch fortschreitende Steuererhöhungen zu decken.

Die Nationalisierung der Kupferminen und ihre Folgen

Die stärkste Hoffnung bei der Bekämpfung der fortschreitenden Inflation wird in die völlige Verstaatlichung des Außenhandels gesetzt. Die wichtigste Maßnahme in diesem Zusammenhang war die Verstaatlichung des chilenischen Kupfers, das den entscheidenden Exportartikel des Landes darstellt. Bei der entschädigungslosen Enteignung der drei nordamerikanischen Konzerne, die als internationaler *Vertragsbruch* die Weltöffentlichkeit beschäftigt, handelte Allende mit Unterstützung sämtlicher Parteien. Hinter ihm stand die nationale Überzeugung der gesamten Bevölkerung, nicht zuletzt auch die offizielle Meinung der chilenischen Hierarchie. Nur der Besitz des Kupfers, das den eigentlichen Reichtum des Landes darstellt, ermöglicht eine progressive Entwicklung des Landes und eine Verbesserung der gegenwärtig noch auf das äußerste gespannten sozialen Situation Chiles. Die sozialen Direktmaßnahmen Allendes, wie die tägliche Zuteilung von einem halben Liter Milch an alle Kinder unter 15 Jahren, können nur eine punktuelle Hilfe für die Masse der am Rande des Existenzminimums lebenden Menschen darstellen. Die gegenwärtige Situation erfordert eine völlige Umstrukturierung der Wirtschaftsstruktur des Landes. Es scheint höchste Zeit zu sein für die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland, insbesondere im Kupfersektor, wo es Aufgabe der chilenischen Regierung sein wird, günstigere Absatzmärkte zu erschließen und auf der Basis internationaler Abmachungen unter den wichtigsten Exportländern eine, für die chilenische Gesamtwirtschaft lebenswichtige größere Preisstabilität zu erreichen.

Bei der *Enteignung der nordamerikanischen Konzerne*

hatte Allende zunächst von einer dem Schätzwert der Kupferminen entsprechenden Abfindung innerhalb von 30 Jahren gesprochen, welche aber von den Konzernen als zu niedrig zurückgewiesen wurde. Die gegenwärtige Rechnung der Regierung aber weist die Entschädigungsansprüche der Konzerne mit der Begründung zurück, diese hätten allein innerhalb der letzten Jahre übermäßige Profite erzielt, die die Gesamthöhe des vorgesehenen Entschädigungsbeitrages wesentlich überschreiten. Was dagegen die Höhe der getätigten Investitionen betrifft, so liegt sie, entsprechend den neuesten Untersuchungen internationaler Wirtschaftsinstitute zu ausländischen Investitionen in den Entwicklungsländern, bei ca. einem Prozent der Gewinne. Hinzu kommt ein historisches Faktum. Im Zweiten Weltkrieg setzte die amerikanische Regierung die Versorgung ihrer Kriegsindustrie mit dem strategisch wichtigen Kupfererz zu Niedrigstpreisen durch. Auf diese Weise steuerte Chile 500 Millionen Dollar zur *Kriegsfinanzierung der USA* bei. Diese verhinderten durch Absprachen mit den Konzernen das Steigen des Kupferpreises zum Nachteil Chiles und warfen nach dem Krieg ihre strategischen Reserven zu Niedrigstpreisen auf den Weltmarkt. Das bewirkte eine erneute Drückung des Kupferpreises. Auf diesem Hintergrund wird die in westlichen Ländern z. T. mit Kopfschütteln oder Erbitterung betrachtete Haltung der sozialistischen Regierung Chiles verständlicher.

Die USA reagierten auf die wirtschaftliche Herausforderung mit der Einstellung der Entwicklungshilfe für Chile und drohten eine gravierende Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern an. Aber ein wirtschaftlicher Boykott Chiles wäre wesentlich weniger wirksam als im Fall Kubas, da die USA am Außenhandel des Landes nur gering beteiligt sind und die Schwerpunkte für den Kupferexport in Japan und Westeuropa, hier an erster Stelle in der BRD, liegen. — Die wirtschaftlichen Beziehungen zur BRD, die angesichts der Anerkennung der DDR zwar zeitweise in heftigerer Diskussion standen, haben sich, ungeachtet gewisser Beeinträchtigungen deutscher Betriebe in Chile im Rahmen der Nationalisierungspolitik gegenwärtig noch nicht verschlechtert. Zum offenen Zusammenstoß zwischen den USA und Chile ist es bisher nicht gekommen, da die nordamerikanische Regierung eine vorsichtige Haltung bevorzugt und Chile nicht verfrüht auf die Seite der sozialistischen Länder des Ostblocks treiben möchte.

Die Haltung der katholischen Kirche

Zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten wurde Ende Oktober in Santiago eine Fernsehdiskussion zwischen Persönlichkeiten aus den USA und Chile angeregt, an der (vgl. Noticias Aliadas, 29. 10. 71) auch der Erzbischof von Santiago, Kardinal *R. Silva Henríquez*, teilnahm. Der Erzbischof appellierte an das Gerechtigkeitsempfinden der Regierung in Washington, die einsehen müsse, daß Chile die USA im Zweiten Weltkrieg unter großen Opfern hinreichend wirtschaftlich unterstützt hätte, um nun, angesichts der eigenen sozialen Drucklage, das Recht auf den Alleinbesitz der Kupferminen zu haben, die für die Entwicklung Chiles unentbehrlich seien. Für europäische Beobachter zeigt die *chilenische Hierarchie* ein erstaunlich starkes politisches und nationales Engagement. So wurde innerhalb eines Festgottesdienstes zum 161. Jahrestag der chilenischen Unabhängigkeit, der in Anwesenheit von Präsident Allende in der Kathedrale

von Santiago von Kardinal Silva zelebriert wurde, der Gemeinderuf verlesen: „Wir danken Gott, weil das Kupfer jetzt uns gehört.“ Während der Rechtsstreit um die Enteignung der US-Konzerne in Chile offiziell an internationale Kommissionen übergeben wurde, traten die chilenischen Bischöfe auch in dieser Frage in Form einer dringenden Anfrage an die römische Synode an die Öffentlichkeit. Laut Meldung von NC News Service und Noticias Aliadas vom 29. Oktober 1971 nahmen die Bischöfe Stellung gegen eine Erklärung des US-Außenministers W. P. Rogers, der die Nationalisierung der Kupferminen als internationalen Rechtsbruch bezeichnet.

In einer Eingabe an die römische Bischofssynode wurden die in Rom versammelten Bischöfe aufgefordert, innerhalb des Generalthemas „Gerechtigkeit in der Welt“ den Fall der Enteignung ausländischer Industrien in den Entwicklungsländern *exemplarisch* zu behandeln und dessen moralische Implikationen abzugrenzen, um zukünftige Richtlinien für das Verhältnis zwischen hochentwickelten Industriestaaten und den Entwicklungsländern zu schaffen. Es handle sich hier nicht nur um ein Problem der Wirtschaftsmoral, sondern um einen Moralkomplex von grundsätzlicherer Bedeutung, von dem letztlich auch der Friede in der Welt abhängig sei. Das gegenwärtige Problem Chiles könne in absehbarer Zeit für viele Entwicklungsländer akut werden. Die Kirche stehe daher jetzt vor der Aufgabe, grundsätzlich zur Ausbeutung der Entwicklungsländer durch reiche Staaten Stellung zu nehmen.

Von der Kirche der Reichen zur Kirche für alle

Bei der Synode selbst sowie bei den ihr vorausgehenden vorbereitenden Befragungsaktionen wurde sehr deutlich, daß die chilenische Kirche zu den sozialpolitisch vorwärtsdrängenden Gruppen innerhalb der Gesamtkirche gehört. Die chilenische Kirche hat innerhalb der letzten zwanzig Jahre entscheidende Veränderungen erfahren (vgl. P. Fontaine, La Iglesia católica chilena en los últimos 20 años, „Mensaje“, September/Oktober 1971, S. 422—432). Es war ein Weg von der „Kirche der Reichen“ zu einer modernen engagierten „Kirche für alle“, von einem allgemeinen Problembewußtsein für die soziale Situation des Landes bis zu einer aktiven Unterstützung der von der marxistischen Regierung verfolgten Entwicklungspolitik. Während die Kirche zunächst von der Oberschicht getragen wurde, wobei es nur zu einzelnen Hilfsaktionen für das randstädtische Proletariat kam, bildete sich nach dem Krieg eine katholische Mittelschicht, von der im wesentlichen die 1957 gegründete gemäßigt sozialistisch eingestellte Christlich-demokratische Partei getragen wurde, die dann 1964 zur Regierung kam. Die *Aktivität von Arbeiterpriestern* in den Elendsvierteln verstärkte die Bereitschaft der Kirche zum Einsatz in der Welt und ihre Entwicklungsbegeisterung. Bereits 1962 gaben Kardinal Silva und Bischof Larrain von Talca ein erstes Beispiel für die notwendige Agrarreform, indem sie die zum Besitz ihrer Diözesen gehörenden Ländereien an Landarbeiter verteilten. Während der Regierung Frei vollzog sich auch in kirchlichen Kreisen eine Art „Revolution“. Am 11. August 1968, angesichts der Reise des Papstes nach Kolumbien, wurde von einer aus katholischen Priestern und Laien bestehenden Protestgruppe die Kathedrale von Santiago besetzt. Durch diese Aktion sollte die Aufmerksamkeit des Papstes und der Weltöffentlichkeit auf die soziale Lage Lateinamerikas gelenkt werden; sie bildete gleichzeitig einen

Protest gegen die katholische Hierarchie, die konservative Rechte in Chile und gegen den Kapitalismus als solchen. Zu diesem Zeitpunkt entstanden die Gruppen der sog. „christlichen Marxisten“, die für die Verbindung von christlicher Gesinnung und der historischen Notwendigkeit des Marxismus als wissenschaftliche Methode eintraten.

Eine klare Artikulation fand diese Gruppe, die sich etwas „abseits“ der offiziellen Meinung der Kirche bewegt, Ende April 1971 in der *Erklärung der 80 linksorientierten Arbeiterpriester*, die sich bedingungslos für die Sozialisierungspolitik Allendes und für die Vereinbarkeit von Marxismus und Christentum einsetzt.

Wörtlich heißt es in dieser Erklärung: „Wir fühlen unsere eigene Verpflichtung in diesem Entwicklungsprozeß und möchten zu seinem Erfolg beitragen. Der tiefere Grund für dieses Engagement ist unser Glaube in Christus, der sich innerhalb der historischen Gegebenheiten vertieft, erneuert und Gestalt annimmt. Christ sein heißt solidarisch sein. Und solidarisch sein heißt in der gegenwärtigen Situation Chiles Mitarbeit an dem historischen Projekt, das von dem chilenischen Volk entworfen wurde. . . Als Christen sehen wir keine Unvereinbarkeit zwischen Christentum und Sozialismus. Im Gegenteil. . . In Wirklichkeit eröffnet der Sozialismus eine neue Hoffnung, weil der Mensch in ihm ganzheitlicher sein kann, und damit mehr dem Geist des Evangeliums entspricht. Das heißt, Christus selbst konformer, der kam, um die Befreiung aus jeder Art von Knechtschaft zu bringen.“ (Comunicado de los „Ochenta“ a la Prensa, Wortlaut in „Mensaje“, 1971, S. 176). Der Marxismus müsse sich in immer stärkerem Maße als Instrument der Analyse und der strukturellen Veränderung der Gesellschaft erweisen.

Unterstützung in allem, was dem Gemeinwohl dient

Der Episkopat hatte schon zum Regierungsbeginn Allendes betont, er sein bereit, die auf demokratischem Wege gebildete Regierung in allem zu unterstützen, was dem Allgemeinwohl des Volkes nütze. Seitdem haben sich die Bischöfe wiederholt positiv zu den einzelnen Reformmaßnahmen Allendes, wie der Agrarreform und der Nationalisierung der Kupferminen ausgesprochen, da diese von einem humanistischen Grundkonzept getragen werden und den Rahmen der Demokratie bisher nicht verletzt haben. Aber gleichzeitig betonte er von Anfang an die Wichtigkeit der Neutralität der offiziellen Kirche in Fragen der Parteipolitik und der ideologischen Tendenzen der Regierung Allende. Auf die politische Erklärung der 80 antworteten die Bischöfe Chiles durch ein Arbeitsdokument („Evangelio, política y socialismo“ vom Juni 1971. Santiago de Chile 1971, Ediciones Paulinas), in dem sie ihren Standpunkt ausführlich begründeten und präzisierten. In Art. 69 des Arbeitsdokuments heißt es hierzu: „Die Notwendigkeit, die gemeinsame Anstrengung aller Christen, nämlich einer Belebung und Realisierung des Evangeliums aus dem Kern jeder der legitimen politischen Positionen zu unterstützen, verbietet den öffentlichen Vertretern der Kirche *öffentlich* einer bestimmten Gruppe oder Partei beizutreten. In dieser Situation befinden sich nicht nur Bischöfe, Priester und Diakone, sondern auch die Ordensleute und Laien, die einen leitenden Posten in der Pastoral einnehmen. . . Im privaten Bereich genießen die genannten Personen jedoch die gleiche Freiheit der politischen Einstellung wie jeder andere

Christ“ (Evangelio . . . S. 74f.). Die Bischöfe begrüßen die aktive Präsenz der Christen innerhalb aller Parteien und Organisationen des öffentlichen Lebens.

Das Arbeitsdokument stellt an verschiedenen Stellen die Vielzahl der politischen Optionen heraus und betont das „Recht des Einzelnen auf das politische Risiko“ (a. a. O. S. 70), fährt dann aber so fort: „In diesem Punkt besteht die Aufgabe der Kirche einerseits darin, den Christen auf objektive Weise die Gefahren der Enthumanisierung zu zeigen, denen sich die verschiedenen politischen Optionen aussetzen, und andererseits in der möglichst intensivsten Festigung ihrer Treue zum Evangelium als humanisierender Kraft“ (a. a. O.).

Der Weg des Sozialismus zur Errichtung einer humaneren Gesellschaft und zur Aufhebung der sozialen Mißstände müsse befürwortet werden. Da es sich bei der chilenischen Reforminitiative aber um einen vorwiegend marxistisch gefärbten Sozialismus handele, so müsse der Christ vor dessen atheistischen und materialistischen Tendenzen gewarnt werden. „Vor der Entscheidung für den Sozialismus oder für die konkrete Form des Engagements bei seiner Konkretisierung muß jeder Christ, jede Gruppe und jede Partei positive oder negative Aspekte des Sozialismus an sich sowie seiner gegenwärtig in Chile entstehenden Form abwägen und sich bezüglich des letzteren die Frage stellen, ob sein stark marxistischer Geist wirklich erlauben wird, daß in ihn all die nötigen Korrekturen einfließen, die seine humane Anwendung garantieren“ (Art. 56). Nach Meinung der Bischöfe könnten gewisse Formen des Marxismus, durch die Würde und Freiheit des Menschen mißachtet werde, und wo das echte humane Denken fehle, ebenso „schlecht“ sein wie gewisse Formen des Kapitalismus (vgl. Art. 59, S. 65f.). Angesichts der Tatsache, daß diese Formen in verschie-

denen Ländern bereits verwirklicht wurden und angesichts der Folgen einer rein ökonomischen Einstellung, müsse jeder Christ zur Reflexion über die Vereinbarkeit der von ihm gewählten Form des Sozialismus mit den christlichen Grundwerten gemahnt werden. Die von vielen Chilenen vertretene Reduktion des Marxismus auf eine wissenschaftliche Methode zur wirtschaftlichen Entfaltung des Landes stelle eine gefährliche Sichtverengung dar (vgl. a. a. O., S. 47). Es heiße wachsam bleiben gegenüber den tieferen Implikationen der marxistischen Theorie, die zu einer Verformung der moralischen Normen, zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit und zur Manipulation und Beseitigung der demokratischen Grundrechte im Dienst der „Revolution“ führen könnten.

Diese Stellungnahme der Bischöfe war ein notwendiger Akt der Klärung. Im übrigen wird auch von katholischer Seite bestätigt, die Zwischenbilanz des ersten Regierungsjahres Allendes sei insgesamt positiv, aber noch für jede Form des Scheitern offen. Die Meinungsfreiheit der Informationsmedien besteht nach wie vor, abgesehen von Differenzen zwischen Allende und dem UPI-Büro in Santiago, die aber letztlich nicht die angedrohte Schließung der Agentur, sondern nur eine Personalveränderung zur Folge hatten. Die katholischen Privatschulen in Chile blieben — trotz der stärksten Befürchtungen — bisher ebenfalls unangetastet. Sämtliche Reformmaßnahmen Allendes blieben im Rahmen der Legalität, auch wenn es öfters Anzeichen gab, die Schraube staatlicher Kontrolle würde fester angezogen. Die weitere Entwicklung von Allendes Sozialismus wird die Zukunft zeigen, wobei wesentliche Bedeutung dem Verhältnis zwischen Allende und der Christdemokratischen Partei und der Entwicklung der gegenwärtigen Spaltungstendenzen innerhalb der Regierungskoalition und innerhalb der Partei Freis zukommen.

Taiwan zwischen Selbstbehauptung und Isolation

Seit dem 25. Oktober sind die Vereinten Nationen in eine neue Phase eingetreten. Mit 76 gegen 35 Stimmen bei 17 Enthaltungen wurde der Volksrepublik China anstelle Nationalchinas die Mitgliedschaft und der ständige Sitz im Sicherheitsrat übertragen. Auch in einigen der UN-Unterorganisationen fand der Platzwechsel bereits statt. Damit ist ein 22 Jahre währender Streit entschieden. Die ersten Freudentänze sind vorbei, Spekulationen über das zukünftige Verhalten Pekings stehen inzwischen im Vordergrund.

Der „Sieger“ gibt sich gelassen, souverän und fordernd, von dem „Besiegten“ dagegen nimmt man kaum noch Kenntnis. Taiwan (d. h. die nationalchinesische Regierung auf der Insel Formosa), personifiziert in dem soeben 84 Jahre alt gewordenen Präsidenten, General *Tschiang Kai-schek*, wird allenfalls als „tragische Figur“ erwähnt. Da immer mehr Staaten plötzlich die Kehrtwendung in Richtung Peking vollziehen (seit der UN-Entscheidung entschlossen sich bisher Belgien, Peru und der Libanon dazu), verliert Taiwan, das seine eigene „Hallstein-Doktrin“ praktiziert, von Tag zu Tag an politischem Rückhalt in der Welt. Bis vor einem Jahr konnten die Nationalchinesen noch darauf verweisen, daß sie von weit mehr Staaten als legitime Vertreter Chinas anerkannt würden als das Festland. Mittlerweise hat sich das Bild vollkommen geändert. Die Folgen für die moralische, politische und

wirtschaftliche Zukunft Taiwans sind noch nicht abzusehen. Aus dem „rechtmäßigen Sprecher aller Chinesen“ ist, wenn auch nicht unerwartet, eine „Insel mit unsicherer Zukunft“ geworden.

Die Reaktionen in Taiwan selbst auf die neue Lage sind erstaunlich ruhig. Zwar wollte man offiziell bis zum Schluß nicht an die Niederlage glauben, doch bereitete *Tschiang Kai-schek* selbst schon mit seiner traditionellen Ansprache zum „Doppel-Zehnten“ (10. Oktober) auf die neue Entwicklung vor und mahnte zu Ruhe und Standhaftigkeit. Natürlich gab es heftige Proteste in der Presse ebenso wie ein Rücktrittsangebot des Außenministers, es gab Demonstrationen und Appelle zur Fortsetzung des „antikommunistischen Kampfes“. Aber all dies fiel gemäßiger aus als erwartet. Zwar brachten Studenten der „National Chung Hsing University“ (und nicht der katholischen Fu-Jen-Universität, wie die „Deutsche Tagespost“ am 5. 11. 71 meldete) dem Präsidenten und der Regierung ihre Sympathie und Gefolgschaft zum Ausdruck, indem sie eine blutgetränkte nationalchinesische Flagge zusammen mit einem mit Blut geschriebenen Brief überreichten („News from China“, 28. 2. 71), doch blieb dies die spektakulärste Erscheinung. Die Regierung versucht unterdessen, die verlorenen Positionen durch verstärkte bilaterale Beziehungen zu den verbliebenen Freunden und durch innenpolitische Veränderungen wettzumachen. Man